

17. 10. 86

Sachgebiet 63

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 1986 bis 1990 **— Drucksache 10/5901 —**

hier: Stellungnahme des Bundesrates vom 26. September 1986 **und Gegenäußerung der Bundesregierung**

Stellungnahme des Bundesrates

1. Der Bundesrat ist wie die Bundesregierung der Auffassung, daß die auf Konsolidierung gerichtete Finanzpolitik wesentlich dazu beigetragen hat, Wirtschaftswachstum zu bewirken, Preisstabilität und sinkende Zinsen zu erreichen und am Arbeitsmarkt eine positive Entwicklung zu fördern.

Es zeigt sich, daß nur eine zurückhaltende Ausgabengestaltung und eine reduzierte Neuverschuldung Finanzierungsspielräume öffnen können, um bereits beschlossene sowie auch künftige Steuersenkungen solide abzusichern. Deutlich niedrigere Zuwächse bei den Zinsausgaben sind das Ergebnis der reduzierten Neuverschuldung; dennoch kann die Konsolidierung noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden.

2. Der Bundesrat geht davon aus, daß bei der Gestaltung der künftigen Haushalte Vorsorge getroffen wird für die Finanzierung der spätestens 1990 dringend erforderlichen weiteren Steuersenkung. Das Festhalten an einer zurückhaltenden Ausgabenplanung insgesamt ist hierfür unabdingbar.
3. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, auch künftig alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um vor allem die Investitionsausgaben in beschäftigungsfördernden und zukunftssträchtigen

Gegenäußerung der Bundesregierung

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Bundesrates, daß die Konsolidierungspolitik trotz der großen Fortschritte und der positiven Auswirkung auf Wachstum, Preise und Beschäftigung noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Es besteht auch künftig die Notwendigkeit einer zurückhaltenden Ausgabengestaltung und einer Reduzierung der Neuverschuldung, um die geplanten Steuersenkungen solide finanzieren zu können.

Die Bundesregierung wird sich auch künftig bemühen, bei der Fortschreibung der Finanzpläne Umschichtungsmöglichkeiten zu nutzen, um vor allem die Investitionsausgaben in beschäftigungsfördernden und zukunftssträchtigen Bereichen zu verstärken.

Stellungnahme des Bundesrates

Gegenäußerung der Bundesregierung

Bereichen zu verstärken. Dabei sollten besonders auch die Investitionsmittel für den Umweltschutz, die Förderung neuer Technologien und weitere Infrastrukturmaßnahmen verbessert werden. Kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme mit ohnehin nur kurzfristiger Wirkung lehnt der Bundesrat nach wie vor ab.

4. Der Bundesrat stellt fest, daß die Bundesregierung wichtige Ansätze in gemeinsam finanzierten Bereichen im Planungszeitraum zurückführen will. Der Bundesrat weist nachdrücklich darauf hin, daß er einen einseitigen Rückzug des Bundes aus gemeinsamen Finanzierungen keinesfalls akzeptieren kann. Mit den Ländern sind vielmehr einvernehmliche Ausgleichsregelungen für den geplanten Abbau von Mischfinanzierungen zu treffen.

Der Bundesrat geht davon aus, daß für die zum 1. Januar 1988 geplante Entflechtung des Städtebaus angemessene Ausgleichsregelungen für die Länder getroffen werden, wobei die Länder davon ausgehen, daß Grundlage der Verhandlung das für 1986/87 festgelegte Programmvolumen ist.